

**1. Das Prignitzer Aktionsbündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit spricht sich seit über vier Jahren gegen die Hartz-IV-Gesetze aus, insbesondere gegen die Gleichsetzung derer, die durch ihre Lebensarbeitsleistung zum Bruttosozialprodukt aktiv beigetragen haben oder noch beitragen, gegenüber denjenigen, die, aus welchen auch Gründen auch immer, hierzu nicht in der Lage waren.**

**Wie ist hierzu Ihr persönlicher Standpunkt als Kandidat und der Ihrer Partei nach den Erfahrungsjahren mit Hartz-IV ?**

Aus meiner persönlichen Sicht sowie aus Sicht der LINKEN muss jede Frau und jeder Mann das **Recht auf eine bedarfsdeckende finanzielle Absicherung** haben, die ein Leben in Würde ermöglicht. Dabei gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz. Eigene Beitragsleistungen infolge einer Erwerbsarbeit sollten zusätzliche Ansprüche begründen.

Wir haben leider Recht behalten: Hartz IV bedeutet **Armut per Gesetz**. Es verletzt die Menschenwürde. In der jetzt auslaufenden Wahlperiode des Bundestages wurde es durch die anderen vier Fraktionen im Bundestag sogar weiter verschärft. Die Regelungen weisen nicht nur sozial- und arbeitsmarktpolitisch in eine Sackgasse, sondern sind auch handwerklich so schlecht gemacht, dass die negativen Wirkungen weiter verschärft werden. Die **Regelsätze** decken nicht den sozio-kulturellen Mindestbedarf, die Rahmenbedingungen sind entwürdigend. Aber Hartz IV ist nicht nur für die einzelnen Betroffenen ein stigmatisierendes Schicksal, sondern für ganze Regionen, insbesondere in **Ostdeutschland**. Analysen beweisen: es ist eine soziale Rutschbahn nach unten mit wenigen Chancen auf Rückkehr. Vom angeblichen „Fördern und Fordern“ ist vor allem Fordern übrig geblieben. Das ist nicht hinnehmbar!

Die Fraktion DIE LINKE sieht Arbeitslosigkeit im Gegensatz zu den anderen vier Fraktionen vor allem als Folge einer falschen Arbeitsmarktpolitik, die dazu führt, dass **existenzsichernd bezahlte Erwerbsarbeitsplätze fehlen** (z. B. wird gesellschaftlich notwendige Arbeit zunehmend ins Ehrenamt verdrängt), **falsch verteilt** (zu lange gesetzliche Regelarbeitszeit, zu viele Überstunden) oder **schwer zugänglich** sind (Defizite bei berufsbegleitender Fort- und Weiterbildung, öffentlicher Kinderbetreuung, schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf, regionale Ungleichverteilung). Trotzdem stellt Hartz IV Erwerbslose unter den Generalverdacht, nicht arbeiten zu wollen. Diese Sichtweise lehnen wir ab. Es mangelt vor allem an guter, existenzsichernd bezahlter und sozialversicherungspflichtiger Arbeit, nicht am Willen zu arbeiten. Das erpresserische Potential dieses Gesetzes führt dazu, dass sich immer mehr Menschen auf nicht existenzsichernde **Minijobs** und **Niedrigstlöhne** einlassen müssen.

Hartz IV muss überwunden werden. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE Sofortmaßnahmen. Dazu gehört:

- Die Anhebung des Hartz IV-**Regelsatzes** auf 435 Euro und die weitere Erhöhung auf 500 Euro im Verlauf der nächsten Wahlperiode mit jährlicher Anpassung an die Preisentwicklung. Kurzfristig müssen auch die **Kinderregelsätze** deutlich angehoben werden. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, deshalb muss der Bedarf für Kinder eigens ermittelt werden, um Kinderarmut wirkungsvoll zu bekämpfen.
- das **Kindergeld** darf nicht mehr angerechnet werden.
- Ein-**Euro-Jobs** müssen in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden.
- **angemessene Wohnkosten** in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen
- **Schnüffelpraxis** der Wohnungsbesuche sind einzustellen
- **U25-Regelung** ist ersatzlos zu streichen
- **Bedarfsgemeinschaften** sind abzuschaffen
- Der **Sanktionsparagraf 31 SGB II** muss gestrichen werden

- **Vermögensfreigrenze** auf 20.000 Euro pro Person heraufsetzen
- **Schonvermögen** für Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr anheben
- Zugriffsrecht des Staates gegenüber **Erbinnen und Erben** von Grundsicherungsbezieher/innen (§ 35 SGB II) abschaffen
- Nachweisbare **Sonderbedarfe** müssen zusätzlich übernommen werden.
- Kinder und Jugendliche müssen in besonderem Maße gefördert werden. Kurzfristig sind insbesondere Kosten für **Schulbedarfe** und **Schülerbeförderung** sowie ein **Mittagessen** in der Schule öffentlich zu finanzieren.

Wir bleiben dabei: **Hartz IV muss weg!** Erwerbslose müssen durch eine ausreichende materielle Absicherung am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die unwürdige Behandlung muss beendet werden:

Alternativ zu Hartz IV will die LINKE eine **bedarfsdeckende** und **sanktionsfreie Mindestsicherung**.

**2. Aus verschiedensten Quellen ist ersichtlich, dass Arbeitnehmer bei einem Bruttoeinkommen von unter 1.000 € die derzeitige Mindestrente nicht erreichen. Welche Positionen vertreten Sie als Partei/Kandidat dazu und welche Schritte wollen Sie unternehmen, damit eine zum Leben notwendige Rente erreicht wird?**

Anhaltende **Massenerwerbslosigkeit**, die Ausweitung **prekärer Arbeitsbedingungen**, einschließlich sinkender Löhne führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Hinzu kommen niedrige Beiträge aufgrund niedriger Löhne. Die sogenannten Rentenreformen, erst von Union und FDP, dann von SPD und Grünen, senkten zudem das Niveau der gesetzlichen Rente erheblich. Das **Anheben des gesetzlichen Rentenalters auf 67** bedeutet angesichts der geringen Erwerbsbeteiligung der über 63 jährigen (aktuell 7,5%) ebenfalls eine **Rentensenkung**.

Die Rentenreformen der vergangenen Jahre haben zu einer Teilprivatisierung der Alterssicherung geführt, die vor allem eine finanzielle Umverteilung von den Erwerbstätigen hin zu Versicherungskonzernen und Unternehmern bedeutet. Für die Versicherten steigen die finanziellen Belastungen und Risiken. Im Gegensatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung sind die privat angelegten Gelder zur Alterssicherung auch vor einer Finanzkrise nicht gesichert. Das Ziel der Lebensstandardsicherung für die Rentnerinnen und Rentner wurde ausdrücklich aufgegeben.

Gegen Privatisierung und Armenfürsorge setzen wir auf starke öffentliche Solidarsysteme und deren verlässliche und gerechte Finanzierung. Alle Berufsgruppen, auch Selbständige und Abgeordnete, sind in die **Beitragspflicht** einzubeziehen. Die **Beitragsbemessungsgrenze** soll aufgehoben und die damit verbundene Rentenerhöhung abgeflacht werden. Auf der anderen Seite sollen Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kinderbetreuung – auch vor 1992 – der Pflege und niedriger Löhne aufgewertet werden. Das **Renteneintrittsalter** soll wieder gesenkt werden, Alters-Teilzeit gefördert und der abschlagsfreie Zugang zur **Erwerbsminderungsrente** erleichtert werden. **Berufsunfähigkeitsrente** soll wieder eingeführt werden. Um Armut im Alter zu verhindern darf kein Mensch im Rentenalter weniger als **800 Euro im Monat** zum Leben haben. Die Rentenungleichheit zwischen **Ost-und-West** muss beseitigt werden.

Diese Ausweitung der Systeme sozialer Sicherung bezieht schutzbedürftige Gruppen ebenso in das soziale Netz ein, wie sie die bisherige Privilegierung Wohlhabender beendet. Gute soziale Sicherung ist möglich und bezahlbar, wenn man den richtigen Weg wählt. Das gilt für die Rente ebenso wie für die Unterstützung bei Erwerbslosigkeit und für bezahlbaren Wohnraum. Dies gilt im Gesundheits- und Pflegebereich, in dem auch in einer alternden Gesellschaft alle medizinisch notwendigen Leistungen und eine humane Pflege gewährleistet werden müssen.

Durch unsere Vorschläge wollen wir Sicherheit für die Lebensplanung ermöglichen, den Lebensstandard verbessern und zu einem nachhaltigen Abbau von Armut und sozialer Ausgrenzung beitragen.

**Gute Arbeit und eine gerechte Finanzierung** sind die Voraussetzungen für einen guten Sozialstaat. Wer gute Arbeit hat, kann ausreichende Ansprüche auf soziale Sicherungsleistungen aufbauen. Wenn gute Arbeit und Löhne wieder gesichert werden statt Förderung von Minijobs, Ein-Euro-Jobs und prekärer Arbeit, haben die Sozialkassen mehr Geld zur Verfügung. Wenn Arbeitgeber/innen paritätisch und Besserverdienende ohne Beitragsbemessungsgrenze an der Finanzierung der sozialen Sicherung beteiligt sind, können gute Leistungen und sozialer Ausgleich bezahlt werden.

**3. Arbeitslose, die ab dem Folgemonat in Rente gehen, erhalten ihre Auszahlung erst am Ende des Monats. Sie verfügen also einen Monat über kein Einkommen von dem sie die laufenden Ausgaben bestreiten können.**

**Was werden Ihre Partei/Ihr Kandidat tun, um den Betroffenen auch über diesen Zeitraum ein Auskommen zu sichern?**

Solange diese von der Mehrheit im Bundestag herbeigeführte zeitliche Lücke besteht muss aus unserer Sicht **unverzüglich** und **unbürokratisch** ein **Übergangsdarlehen** gewährt werden, wie das in Berlin zumindest im Ansatz bereits praktiziert wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass dieser Zahlungsmodus auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird.

**4. In Deutschland arbeiten immer mehr Menschen im Billiglohnsektor, obwohl sie eine Ausbildung haben. Das ergab eine Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen. Während 1995 nur die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten ausgebildet waren, sind es 2007 schon 80 Prozent. Qualifikation schützt damit nicht vor Billiglohn.**

**Ein weiterer Trend liegt darin, dass auch der Anteil der Vollzeitbeschäftigten steigt, die für so geringe Löhne arbeiten, dass es zum Lebensunterhalt nicht reicht. Nach der Studie hat ein Viertel der Niedriglohnbeschäftigten trotz Vollzeitjob nicht mehr als 800 Euro brutto im Monat verdient.**

**Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung und welche Lösungswege wird Ihre Partei bzw. Sie als Kandidat beschreiten, um diesem Trend entgegenzuwirken?**

Der Niedriglohnsektor in Deutschland wächst auf Grund **falscher politischer Weichenstellungen unter rot-grün und schwarz-rot** rasant. Im Jahr 2007 mussten bereits 21,5 Prozent der Beschäftigten für einen niedrigen Lohn arbeiten. Das sind 6,5 Millionen Menschen. Über 70 Prozent davon sind Frauen.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben die Ausweitung des Niedriglohnsektors massiv vorangetrieben. Agenda 2010, Hartz IV, die Förderung von Leiharbeit und Minijobs – all das folgt dem Motto „Hauptsache Arbeit, egal wie schlecht die Bedingungen sind“. Erwerbslose werden unter Androhung von Leistungskürzungen gezwungen, auch schlecht bezahlte, nicht qualifikationsgerechte und unsichere Jobs anzunehmen. Das setzt alle Beschäftigten und ihre Löhne unter Druck.

Niedrige Löhne treffen besonders Menschen, die einer prekären Beschäftigung nachgehen. Über 80 Prozent der Minijobberinnen und Minijobber müssen sich mit niedrigen Löhnen begnügen. Ebenso geht es zwei Drittel der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und 40 Prozent der befristet Beschäftigten. Selbst wer einer regulären Beschäftigung nachgeht, ist nicht immer vor Dumpinglöhnen geschützt. Immerhin 11 Prozent der normalen Stellen werden schlecht entlohnt.

Aber was ist eigentlich ein niedriger Lohn? Nach Berechnungen der OECD und des statistischen Bundesamtes liegt die Niedriglohnschwelle bei einem Bruttolohn von 9,85 Euro pro Stunde. Das entspricht zwei Dritteln des mittleren Stundenverdienstes. Wer weniger verdient, ist dem Niedriglohnsektor zuzurechnen.

DIE LINKE setzt sich für mehr gute und sichere Arbeit ein! Hungerlöhne und prekäre Jobs sind nicht vom Himmel gefallen, sondern von der Politik gefördert. Es geht aber auch anders!

DIE LINKE fordert einen **gesetzlichen Mindestlohn** nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro steigt. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn definiert eine feste Untergrenze, unter die kein Lohn fallen darf. Die Höhe des von uns geforderten Mindestlohns entspricht den Berechnungen der OECD und des Statistischen Bundesamtes. Was in 20 Ländern der Europäischen Union funktioniert, muss auch in Deutschland endlich Wirklichkeit werden. In Frankreich liegt der Mindestlohn bei 8,82 Euro und in Luxemburg bei 9,73 Euro – ohne steigende Arbeitslosenzahlen.

DIE LINKE will aber auch **prekäre Beschäftigung insgesamt eindämmen** und letztlich abschaffen. Wir fordern, dass **jede Stunde Arbeit der vollen Sozialversicherungspflicht** unterliegt. Schlecht bezahlte Minijobs dürfen nicht weiter durch verminderte Steuer- und Sozialabgaben subventioniert werden. Die **Befristung eines Arbeitsvertrages ohne sachlichen Grund wollen wir verbieten**. **Leiharbeit muss strikt begrenzt werden**. Wie eine Regulierung dieser Beschäftigungsform aussehen kann, machen unsere europäischen Nachbarinnen und Nachbarn vor. In Frankreich gilt das Prinzip „**gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“. Leiharbeitskräfte bekommen darüber hinaus eine „**Prekaritätsprämie**“ in Höhe von 10 Prozent der Lohnsumme. Auch hier gilt: Besser von den Nachbarinnen und Nachbarn lernen, als im Sumpf der Niedriglöhne zu versinken.

**5. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz kommentierte kürzlich die gesunkenen Arbeitslosenzahlen trotz der anhaltenden Krise: Der Arbeitsmarkt hat sich besser entwickelt, als von vielen erwartet. Das ist eine gute Nachricht."**

**Tatsachen sind u.a., dass Arbeitslose, die von einem privaten Vermittler betreut werden, und trotzdem weiter arbeitslos sind, in der Statistik nicht auftauchen; Arbeitslose, die über 58 Jahre sind und über ein Jahr kein Jobangebot mehr bekommen haben, gelten als nicht mehr vermittlungsfähig sind und fallen aus der Statistik heraus; Kranke Arbeitslose zählen nicht mit, da nach Logik der Ämter ein Kranker Arbeitsloser kein Arbeitsloser ist.**

**Durch eine solche Vorgehensweise werde ca. 1,8 bis 2 Mill. Arbeitslose in den amtlichen Statistiken nicht geführt. Wie ist die Auffassung Ihrer Partei/Ihres Kandidaten zu solch Praktiken und welche Auswirkungen kann dies für die Arbeitslosen selbst haben?**

Arbeitslosigkeit ist das dringendste politische Thema in Deutschland. Über vier Millionen Menschen sind bereits offiziell erwerbslos, viele davon über einen längeren Zeitraum. Durch die Wirtschaftskrise sind weitere hunderttausende Arbeitsplätze bedroht. Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein konjunkturelles, sondern auch ein strukturelles Problem.

Schlechte Meldungen kann die Regierung vor der Bundestagswahl nicht gebrauchen. Deshalb lässt sie sich ständig neue Tricks einfallen, um die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Vor vier Monaten, im Mai 2009, kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss **ehrlich rechnen**. Der Verweis auf europäische Vereinbarungen zählt nicht: wer eine ehrliche Statistik im Mitgliedsstaat will, kann sie parallel zu den europäischen Standards erfassen. Statt zu tricksen ist es Zeit zu handeln.

**6. Der Trend belegt, dass die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit seit Jahrzehnten, entgegen aller öffentlichen Beteuerungen steigt, mit all den negativen Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft. Will Ihre Partei diesen Trend umkehren, falls ja, wie?**

Wer keine Erwerbsarbeit und kein ausreichendes Einkommen hat, ist in der heutigen Gesellschaft von sozialer Ausgrenzung bedroht. Wer erwerbslos ist, bekommt meist längstens zwölf Monate Arbeitslosengeld I und stürzt dann in das Hartz IV-System ab. Immer mehr Betroffene haben erst gar keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld I sondern landen gleich bei Hartz IV oder haben neben der Erwerbstätigkeit noch Hartz IV bekommen. Das bedeutet Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Mit Sanktionen und Leistungskürzungen wird versucht, sie in meist unsinnige Maßnahmen oder schlechte Jobs abzudrängen. Gefördert werden sie dagegen kaum noch.

DIE LINKE will Bedingungen schaffen, unter denen jeder erwerbsfähige Mensch die Möglichkeit hat, eine seinen Wünschen und Qualifikationen entsprechende Erwerbsarbeit aufzunehmen. **Niemand darf unfreiwillig vom Arbeitsleben ausgeschlossen bleiben**. Wir wollen nicht irgendwelche, sondern gute Arbeit. Das heißt **gute Löhne, Mitbestimmung und einen sicheren Arbeitsplatz, der nicht krank macht**.

Über Erwerbsarbeit erzielen die Menschen vorrangig ihr Einkommen, um ihre Existenz zu sichern. Eine gute Arbeit ermöglicht aber auch Kontakte und Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen. Sie ist wichtig für die berufliche und persönliche Anerkennung und Entfaltung.

DIE LINKE fordert eine sozial gerechte Beschäftigungspolitik zur Schaffung und Erhaltung von mehr guten Arbeitsplätzen:

- Die vorhandene Arbeit muss **gerecht verteilt** werden.
- Eine **Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohnausgleich ist dringend notwendig – vor allem in Krisenzeiten.
- Mit einem **Zukunftsinvestitionsprogramm** in Höhe von 100 Milliarden Euro pro Jahr wollen wir einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft einleiten. Dadurch können **zwei Millionen reguläre, tariflich entlohnte Arbeitsplätze entstehen**.
- **Ein industriepolitischer Zukunftsfonds** soll helfen, Arbeitsplätze in sozial fortschrittlichen und ökologisch nachhaltigen Bereichen zu erhalten und zu schaffen. Der Fonds soll Unternehmen bei der Umstellung ihrer Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte unterstützen. Dieser Fonds soll mit 100 Milliarden Euro ausgestattet werden.
- Für **500.000 Menschen wollen wir eine öffentlich geförderte Beschäftigung** ermöglichen. Die Entlohnung muss sich an tariflichen Bedingungen orientieren, darf aber nicht unterhalb eines Bruttolohns von **1.400 Euro pro Monat** liegen.

**7. Der EU-Vertrag von Lissabon sieht eine Aufrüstungsverpflichtung und weltweit agierende militärische Eingreifgruppen vor. Ohne UN-Mandat sollen künftig europäische Truppen Ressourcenzugänge erhalten, Einsätze zur Terrorbekämpfung und Krisenbewältigung durchführen. Über Art, Umfang und Dauer entscheidet der EU-Ministerrat, nicht das deutsche Parlament.**

**Wie ist dieser Passus im EU-Vertrag mit der UN-Menschenrechtscharta, der nationalen Unabhängigkeit und Würde des deutschen Parlaments und dem Grundgesetz vereinbar?**

Das Recht des Bundestags, über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden, wird durch diesen Reformvertrag erheblich ausgehöhlt. Mit der undemokratischen Durchsetzung des Lissabon-Vertrags durch die Umgehung von **Volksbefragungen**, der Festschreibung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und den militaristischen Teilen, die auf ein hochgerüstetes militärisches Kerneuropa ausgerichtet sind, entwickelt sich Europa in die völlig falsche Richtung.

DIE LINKE sagt **JA zur Europäischen Union, aber NEIN zum Reformvertrag** von Lissabon. Wir wollen ein Europa in dem Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit immer zusammengedacht werden. **Ein soziales, ein wohlhabendes, ein demokratisches und friedliches Europa ist möglich.** Mit dem Vertrag von Lissabon wird eine **Aufrüstungsverpflichtung** geschaffen ohne jegliche parlamentarische Kontrolle. Diese Politik ist nicht nur das falsche Signal, sie gefährdet die Chancen einer friedlichen Integration und Zukunft. Das Gebot der Stunde heißt nicht Aufrüstung, sondern **Abrüstung**.

**Wie kann zukünftig verhindert werden, dass Deutschland in Konflikte fremder Staaten und fremder Interessen hineingezogen wird?**

In der Bundesrepublik Deutschland steht der Einsatz der Bundeswehr im Ausland unter dem **Parlamentsvorbehalt**. In der einheimischen Bevölkerung ist die Mehrheit klar gegen solche Auslandseinsätze, erst Recht, wenn es sich um direkte Kriegbeteiligungen handelt. Wenn also das Parlament als **oberste Volksvertretung** diese Mehrheitsmeinung respektieren würde, gäbe es militärische Beteiligungen an internationalen Konflikten nicht. "Stell dir vor es wäre Krieg und keiner geht hin". Die Kriegsverhinderung darf aber nicht nur Aufgabe eines Staates oder Landes sein. Nur Verweigerung der Beteiligung wäre Isolierung und damit der falsche Weg. Bei der **Abkehr von der militärischen Logik** darf eben nicht nur auf die eigenen nationalen Interessen geschaut werden. Es ist eine Gesamtanstrengung aller **Völker** notwendig um die Menschheit davon zu überzeugen, **dass Konflikte friedlich** gelöst werden können und müssen, damit sie nicht mehr in den Krieg Mensch gegen Mensch ziehen. Denn Krieg als Folge von Konflikten ist eine Bankrotterklärung des Verstandes und der Politik. Wenn man die vielen weltweiten Konflikte analysiert geht es meist nur um die Verfolgung von Profitinteressen und Einflussphären bestimmter kleiner Kreise und Eliten, nicht um die Bedürfnisse der Bevölkerung, die aber die Folgen dieser Kriege wegtragen müssen.

**8. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bahn; S-Bahn; Trinkwasserversorgung; Energiemarkt) hat eher dem Profit als einem wirklichen Wettbewerb dem Vorteil des Verbrauchers gedient. Wie stehen Sie und Ihre Partei dazu weitere Privatisierungen zu verhindern bzw. bisher erfolgte rückgängig zu machen?**

Wir lehnen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ab, stattdessen brauchen wir einen **leistungsfähigen öffentlichen Sektor**. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden europaweit seit Beginn der Privatisierungswelle abgebaut. Gesundheit, Bildung und Kultur, Energie, Wasser, Busse und Bahnen sowie Abfallentsorgung gehören in die öffentliche Hand. Öffentlich, weil's wichtig ist. Das gilt

aus meiner Sicht auch für die Kommunikationsinfrastruktur, wie der schleppende Ausbau des schnellen Internets beweist. Öffentliche Dienstleistungen und Güter müssen für alle Bürgerinnen und Bürger **unabhängig von ihrem Einkommen** oder ihrer gesellschaftlichen Stellung zugänglich sein. Die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben muss sichergestellt werden.

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen der letzten Jahre hat eben nicht die versprochenen Wirkungen gebracht. Die Leistungen wurden nicht besser, nicht bürgernäher, nicht kostengünstiger und der Einfluss der Kommunen ging gravierend zurück. Daher beginnen Kommunen, privatisierte Betriebe zurückzuholen oder bei auslaufenden Betreiberverträgen wieder selbst die Dienstleistungen zu unterstützen. Nur durch Re-Kommunalisierung können Kommunen sich vor der Abhängigkeit von privaten Profitinteressen schützen.

Für uns **ist Re-Kommunalisierung** ein zentraler politischer Schwerpunkt. Vormalig an private Dienstleister vergebene Leistungen müssen in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Das gilt für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere aber auch für die Energieversorgung. DIE LINKE setzt sich für kommunale Stadtwerke und andere Organisationsformen ein, die als ihren Geschäftszweck die kommunale Daseinsvorsorge definieren und sich dadurch spürbar von den privat- und betriebswirtschaftlichen Eigeninteressen der großen Konzerne unterscheiden. Denn damit kann die Preistreiberei der Energiekonzerne beendet und eine saubere Energieversorgung gewährleistet werden.

**9. Scheinbar ist die Soziale Marktwirtschaft dem entfesselten Profitstreben mit allen seinen negativen Folgen gewichen. Ungerechtfertigte Bonuszahlungen für geschasste Manager und schwindelerregende Gehälter in den Führungsetagen belegen diese Feststellung.**

**Welche Initiativen werden Sie und Ihre Partei auf den Weg bringen, um vertretbare Relationen bei denjenigen wiederherzustellen, die am wirtschaftlichen Erfolg und Ergebnis eines Unternehmens oder einer Einrichtung beteiligt sind?**

DIE LINKE streitet für mehr Demokratie. Das schließt auch Elemente der **Wirtschaftsdemokratie** ein. Demokratie hört nicht am Werkstor auf, sondern muss auch dahinter erstritten und jeden Tage gelebt werden. Wir wollen die Belegschaften **an den großen Unternehmen beteiligen**. Staatliche Hilfen darf es nur mit entsprechenden **Eigentumsanteilen** der öffentlichen Hand oder der Belegschaften geben. Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sind mit **demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung** zu verbinden. Wir werden uns für ein **Verbot von Massenentlassungen** bei Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind, einsetzen. Des Weiteren fordert DIE LINKE **eine paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben ab 100 Beschäftigten**. Wir wollen Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Value. Dafür steht DIE LINKE.

Aber auch für eine **größere Verteilungsgerechtigkeit** in den Betrieben hat die Fraktion DIE LINKE Vorschläge:

- **Strikte Begrenzung der Managergehälter:** Vorstandsmitglieder sollten nicht mehr als das Zwanzigfache des durchschnittlich gezahlten Gehalts im jeweiligen Unternehmen erhalten. Vorbildwirkung der öffentlichen Hand: Die öffentlichen Unternehmen, wie beispielsweise die Deutsche Bahn, müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Die Bundesregierung sollte bei allen Unternehmen, die sie beeinflussen kann, die geforderte Begrenzung einführen.
- **Verbot von Aktienoptionen:** Die Entlohnung der Unternehmensvorstände mit Aktienoptionen des eigenen Unternehmens muss strikt untersagt werden.

- **Begrenzung von Abfindungen:** den steuerlichen Betriebsausgabenabzug für Geschäftsführungs-, Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen auf das **20fache des Lohnes eines Facharbeiters** bei Vollzeitbeschäftigung in der untersten Lohngruppe begrenzen.
- Deutlich **stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und großem Vermögen:** Kapitalerträge wie Zinsen und Dividenden zum persönlichen Steuersatz versteuern statt mit einer Pauschalsteuer von 25%; Spitzensteuersatz auf 53% anheben; höhere Erbschaftsteuer realisieren; die Vermögensteuer als Millionärsteuer wieder einführen (Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern).

Dr. Kirsten Tackmann (MdB, DIE LINKE)  
Berlin, den 31.8.2009